

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses zusammen mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung

Sitzungstermin: Dienstag, 08.10.2024
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:38 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Ulla Griepentrog	anwesend
Hilde Scheidt	anwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Daniel Hecker	anwesend
Monika Annette Wenzel	anwesend
Sebastian Becker	anwesend
Jörg Bogoczek	anwesend
Peter Tillmanns	anwesend
Klaus-Dieter Jacoby	anwesend
Tobias Benedikt Tillmann	Vertretung für: Nathalie Koentges im ASW
Doris Kurschilgen	anwesend
Peter Tillmanns	Vertretung für: Stefan Auler ab TOP Ö 10
Inge Fischer	anwesend
Matthias Fischer	anwesend
Gretel Opitz	Vertretung für: Gisa Haring im ASW
Pola Heider	anwesend
Lorenz Hellmann	anwesend
Stefan Menzel	anwesend
Karin Schmitt-Promny	anwesend
Tobias Benedikt Tillmann	anwesend im KJA
Beate Jonas-Frank	anwesend
Sabine Mensger-Jacobs	anwesend
Amina Smajic	anwesend
Heiko Winkler	anwesend
Nadine van der Meulen	anwesend

Name	Bemerkung
Axel Schneider	anwesend
Doris Müller	Vertretung für: Lukas Krott
Daniel Weber	Vertretung für: Karl Simons
Lucy Stedwell	Vertretung für: Jonas Török
Margret Vallot	anwesend
Bernhard Verholen	Vertretung für: Roswitha Frenzel
Hans-Jürgen Bengner	anwesend
Eva Maria Birkenbusch	anwesend
Luisa Hoffmann	anwesend
Horst Kreuz	anwesend
Benno Pauls	anwesend
Andre Kaldenbach	anwesend
Gisa Haring	anwesend im KJA
Julia Rejf	anwesend
Carsten Brehm	anwesend
Marc Laschet	Vertretung für: Astrid Brokmann
Heinrich Brötz	anwesend
Mara Mendes	anwesend
Isabel Kriescher	Vertretung für: Bernd Schwarze
Ulrich Nellessen	Vertretung für: Thomas Weinen
Dr. Simone Köster	anwesend

Mitarbeiter der Verwaltung

Name	Bemerkung
Beate Traeger	anwesend
Stefan Fagot	anwesend
Tobias Grundmann	anwesend

Schriftführung

Name	Bemerkung
Sarah Kuchenbecker	anwesend
Melanie Olbertz	anwesend

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Franca Braun	entschuldigt
Nathalie Koentges	entschuldigt
Maik Rieger	entschuldigt
Stefan Auler	abwesend ab TOP Ö 10
Gisa Haring	entschuldigt für den ASW
Polly Zoworka	entschuldigt
Lukas Krott	entschuldigt
Karl Simons	entschuldigt

Name	Bemerkung
Jonas Török	entschuldigt
Roswitha Frenzel	entschuldigt
Kriminalhauptkommissar Peter Arz	entschuldigt
Suzanne Brantin	entschuldigt
Udo Breuer	entschuldigt
Astrid Brokmann	entschuldigt
David Janecek	entschuldigt
Dr. Robert Neugröschel	entschuldigt
Bernd Schwarze	entschuldigt
Thomas Weinen	entschuldigt

Gäste:

Helga Rohs (AG Behindertenhilfe)
Sigrid Ophoff (AG Behindertenhilfe)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des KJA vom 27.08.2024	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des ASW vom 29.08.2024	
4	Sachstandbericht zum Projekt „Kunst im Viertel“ der Schulsozialarbeit mit Umfeldarbeit im Schulverband Aachen Ost Ergänzend wird mündlich berichtet.	FB 45/0623/WP18
5	Neutarifizierung und Finanzierung der Bildungsk Kooperationen der Musikschule mit Kitas und Schulen	E 49/0141/WP18
6	Sachstandsbericht Jekits – Finanzierung und Ausweitung Antrag der Fraktionen SPD und GRÜNE vom 05.09.2024 Die Unterlagen werden nachgesendet.	E 49/0146/WP18
7	Stadtteilperspektive Zukunft Forst	FB 61/1019/WP18
8	„Walking Bus, Busschule und Buslotsen – neue Konzepte für den Weg in die Kita und Schule finden“ - Ratsantrag der SPD Fraktion vom 29.06.2021	FB 68/0109/WP18
9	Einführung Grundschullehramt an der RWTH	FB 45/0622/WP18
10	Weiterbildungskolleg der StädteRegion Aachen - Einstellung des Bildungsgangs Abendrealschule und Perspektive	FB 45/0621/WP18
11	Sachstand zur Einrichtung eines Wasserspielplatzes in Eilendorf - Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Bezirksvertreterin der FDP in der Bezirksvertretung Aachen-Eilendorf vom 16.06.2021, „Prüfung von Standorten und Umsetzung eines Wasserspielplatzes in Eilendorf“ - Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Eilendorf vom 02.04.2024, „Sachstandsbericht der Fachverwaltung zur Einrichtung eines Wasserspielplatzes in Eilendorf“	FB 36/0502/WP18-2
12	Sachstandsbericht Förderprogramm “DigitalPakt Schule NRW”	FB 45/0625/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
13	9. Sachstandsbericht zur Schulsozialarbeit	FB 45/0624/WP18
14	Sachstandbericht des Schulpsychologischen Dienstes der Stadt Aachen - Schuljahr 2023-2024 Die Unterlagen werden nachgesendet.	FB 45/0627/WP18
15	Sachstandbericht zur Gewalt- und Rassismusprävention 2024	FB 45/0626/WP18
16	Sachstandbericht für den Bereich der Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfe nach SGB VIII für den Zeitraum 01.01.2024 bis zum 31.07.2024 Die Unterlagen werden nachgesendet.	FB 45/0628/WP18
17	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Griepentrog und Frau Scheidt eröffnen die Sitzung und begrüßen die Ausschussmitglieder, die Verwaltung, die Presse und die interessierte Öffentlichkeit.

Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung im öffentlichen Teil.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des KJA vom 27.08.2024 zur Kenntnis genommen

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Die Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig / Mehrheitlich, 0 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

Zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des ASW vom 29.08.2024 vertagt

Aufgrund von technischen Schwierigkeiten, konnten nicht alle Gremienmitglieder die Niederschrift aufrufen. Die Genehmigung wird daher vertagt.

Zu 4 Sachstandbericht zum Projekt „Kunst im Viertel“ der Schulsozialarbeit mit Umfeldarbeit im Schulverband Aachen Ost zur Kenntnis genommen FB 45/0623/WP18

Frau Schadt (Teamleitung Schulsozialarbeit) und Herr Bernhardt (Schulsozialarbeiter) stellen das Projekt „Kunst im Viertel“ anhand einer Powerpoint-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Frau Heider lobt die beeindruckenden Ergebnisse und die herausragende Qualität des Projektes. Das Projekt habe einen enormen Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler. Sie erkundigt sich danach, ob es sich um ein komplett außerschulisches Angebot handele.

Dies wird von Frau Schadt bestätigt und ergänzt, dass Herr Bernhardt in seinen weiteren Tätigkeiten als Schulsozialarbeiter selbstverständlich auch in den Schulen agiere.

Herr Becker bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Das Projekt verdeutliche die Wichtigkeit von Schulsozialarbeit und Bildung für einen gelingenden Aufstieg. Es trage dazu bei, Kinder wieder in die Schule zurückzuholen. Die Arbeit werde in einem sehr herausforderndem Umfeld geleistet, der Schulverband gelte als anspruchsvoll. Die beteiligten Akteure würden es vollbringen, das Selbstbewusstsein der Kinder sowie ihre Identifikation mit dem Viertel zu stärken. Er sehe es zudem als ein gutes Zeichen an, dass die gemalten Graffiti bislang noch nicht beschädigt worden seien. Er hofft, dass das Land den Mehrwert dieses Projektes ebenfalls anerkenne und es weiterhin unterstütze.

Herr Fischer freut sich über die tolle Entwicklung des Projektes. Es sei ein innovatives Beispiel für die Verzahnung der Schulsozialarbeit mit der offenen Jugendarbeit und den Offenen Türen.

Frau Vallot lobt die kreativen Arbeiten der Schülerinnen und Schüler. Sie erkundigt sich nach dem Austausch mit den dortigen Anwohnenden.

Herr Bernhardt berichtet, dass sämtliche Arbeiten mit den betreffenden Hauseigentümerinnen und -eigentümern abgestimmt worden seien. Es habe sogar explizite Anfragen gegeben, ganze Hauswände wie beispielsweise am Spielplatz Beverstraße zu bemalen. Dies hätte allerdings den finanziellen Rahmen überschritten.

Frau Vallot erkundigt sich weitergehend danach, ob beispielsweise Mülleimer oder Stromkästen bemalt werden dürften.

Frau Schadt erläutert, dass die Gestaltung dieser Objekte mit der Stadt und der Stawag abgestimmt sei. In Ergänzung zu Herrn Bernhardt berichtet sie, dass eine gesonderte Werbung des Projektes gar nicht notwendig sei, da die Anwohnenden die Aktivitäten wahrnehmen würden und teilweise aktiv auf Herrn Bernhardt zugehen würden.

Frau Schmitt-Promny befürwortet das Projekt und stellt die Wichtigkeit von Schulsozial- und Kulturarbeit heraus. Sie erkundigt sich danach, ob Herr Bernhardt den Schülerinnen und Schülern auch nach dem Projekt wieder begegnen würde.

Herr Bernhardt bestätigt dies. Manche Schülerinnen und Schüler würden ihn auch nach der Schulzeit aufsuchen und sich erkundigen, ob sie im Rahmen des Projektes weiter machen könnten. Dies sei leider nicht möglich, das Projekt werde gezielt in der Schulzeit angeboten. Die interessierten Schülerinnen und Schüler würde er dann an andere Einrichtungen wie beispielsweise die OT's verweisen.

Frau Schadt ergänzt, dass es außerhalb der Projektzeit hilfreich sei, morgens den Schulweg zu begehen. Dies biete eine gute Gelegenheit, vielen jungen Menschen und Anwohnenden zu begegnen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

Herr Bernhardt berichtet, dass er bereits morgens angefragt werde, wann der nächste Kurs stattfinden würde und auch, ob die Schülerinnen und Schüler anderer Schulen ebenfalls teilnehmen könnten.

Frau Rejf bedankt sich ebenfalls für das Engagement der Beteiligten. Ihrer Ansicht nach sei es sehr wichtig, solche Projekte zu unterstützen und sichtbar zu machen.

Frau Griepentrog schließt den Austausch mit einem Dank an die Vortragenden. Die Gremien würden sich dafür einsetzen, dass das Projekt verlängert werde.

Zu 5 Neutarifizierung und Finanzierung der Bildungsk Kooperationen der Musikschule mit Kitas und Schulen
zur Kenntnis genommen
E 49/0141/WP18

Die Vorsitzenden begrüßen Herrn Gassenmeier, den Leiter der Musikschule Aachen.

Herr Fischer freut sich, dass die Bildungsk Kooperationen weitergeführt und erweitert würden. Aus der Vorlage würde hervorgehen, dass die Einrichtung eines Musikfonds nun auch für die Kitas geplant sei und die Förderung für die Grundschulen auf 80.000 Euro aufgestockt werde. Dies sei eine tolle Entwicklung und eine gute Finanzierungsmöglichkeit. Bei der Neutarifizierung habe er vollstes Vertrauen, dass die Beteiligten diese gut ausgearbeitet hätten. Zudem gehe er davon aus, dass die Erhöhung der Fonds auch in den Haushalt einfließen würden.

Frau Griepentrog stellt klar, dass die Erhöhung des Fonds durch die Fraktionen in den Haushalt eingebracht werden müsse. Dies geschehe nicht automatisch.

Herr Tillmanns dankt für die Vorlage. Im ersten Anlauf habe es noch hohen Diskussionsbedarf gegeben, nun sei eine tragfähige und gute Lösung vorgelegt worden. Die Projekte seien nun finanziell nicht mehr gefährdet, da die benötigten Mittel aus dem Etat des FB 45 an den E 49 übertragen worden seien.

Herr Tillmann stimmt dem zu. Das vorgelegte Tarifkonzept sei sehr schlüssig. Dafür danke er der Verwaltung. Die Beantragung der zusätzlichen Mittel in den Haushalt sei der nächste logische Schritt.

Frau Heider schließt sich den bisherigen Ausführungen an. Sie erkundigt sich nach der Gewichtung des Sozialindex bei der Mittelverteilung an die Schulen.

Herr Gassenmeier erläutert, dass eine fachbereichsübergreifende Abstimmung zur Verteilung der Mittel erfolgt sei. Die Schulen mit einem hohen Sozialindex würden auch dementsprechend eine höhere finanzielle Unterstützung erhalten. So könne gewährleistet werden, dass insbesondere Kinder die Angebote nutzen könnten, denen sonst eine Teilnahme aus finanziellen Gründen nicht möglich wäre.

Herr Schneider stellt fest, dass die Angabe zu den Teilnehmenden in der letzten Vorlage noch fehlerhaft gewesen und in der aktuellen Version gar nicht aufgeführt sei. Zudem seien seiner Meinung nach die Prozesse zur Weiterentwicklung des Tarifsystems nicht transparent genug gewesen.

Herr Gassenmeier betont, dass die fehlerhafte Ermittlung der Teilnehmendenzahl ein EDV-Problem gewesen und dies auch über die Sitzungsniederschrift korrigiert worden sei.

Frau Griepentrog erläutert, dass die Thematik in der letzten gemeinsamen Sitzung sehr intensiv diskutiert worden sei und die Verwaltung einen Auftrag zur Überarbeitung erhalten habe. Die Ergebnisse seien heute vorgestellt worden und das sei der übliche Ablauf bei solchen Prozessen.

Herr Gassenmeier führt aus, dass die Fonds sowohl zur Stabilisierung bestehender als auch zur Schaffung von neuen Kooperationen von Bildungseinrichtungen mit der Musikschule eine finanzielle Unterstützung leisten würden. Dies sei ein komplexes System, welches jedoch gut funktionieren würde.

Herr Brötz spricht allen Beteiligten ein großes Lob aus. Es habe viele Abstimmungen innerhalb der Verwaltung gegeben, um alle notwendigen Aspekte miteinander zu verknüpfen. Durch das neue Konzept solle eine Dynamik entstehen, welche es auch neuen Bildungseinrichtungen ermögliche, von einer Kooperation mit der Musikschule zu profitieren. Über diesen Erfolg freue er sich als Beigeordneter für Bildung und Kultur besonders.

Herr Fischer weist darauf hin, dass der Eigenanteil der Bildungseinrichtungen derzeit bei 25 % liege. Seiner Erinnerung nach liege der Eigenanteil beim Musikfonds für Schulen mit hohem Sozialindex weit darunter. Er plädiere daher für eine Deckelung des Eigenanteils auf beispielsweise zehn Prozent.

Herr Gassenmeier erklärt, dass diese Regelung mit den Schulen abgestimmt worden sei und es bislang auch keine Einwände gegeben habe. Um einer Ungleichbehandlung der Schulen entgegenzuwirken, sollte der Eigen-

anteil bei 25 % belassen werden.

Frau Griepentrog schlägt vor, dass die Verwaltung in einem Jahr eine Evaluation vorlegen solle, um bei Schwierigkeiten gegebenenfalls nachsteuern zu können. Die heutige Vorlage diene lediglich der Kenntnisnahme, eine erneute Beratung würde im Rahmen des Haushaltes erfolgen.

Beschluss:

Der ASW/KJA nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, die vorgeschlagenen Angebote und Tarife für die Bildungskoooperationen der Musikschule sowie die Verfahrensrichtlinien in einer Ergänzung der „Schul- und Schulgeldordnung“ der Musikschule auszuarbeiten und vor einer möglichen Umsetzung des Konzeptes dem Rat rechtzeitig zur Beschlussfassung für ein Inkrafttreten zum 01.08.2025 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 0 Enthaltungen

**Zu 6 Sachstandsbericht Jekits – Finanzierung und Ausweitung
Antrag der Fraktionen SPD und GRÜNE vom 05.09.2024
zur Kenntnis genommen
E 49/0146/WP18**

Frau Schmitt-Promny ist erfreut, dass es neben der Förderung der Kinder im Umgang mit Musikinstrumenten auch ein Projekt mit dem Fokus Singen und Tanzen gebe. Dies sei enorm wichtig für die Entwicklung der Kinder, da hierbei die Bewegung im Vordergrund stehe.

Herr Tillmann stimmt dem zu. Er dankt der Verwaltung für die ausführliche Vorlage. Bedauerlicherweise könne eine Schule erst dann in das Projekt aufgenommen werden, wenn eine andere aussteige. Er hoffe daher, dass das Projekt von der Landesregierung ausgeweitet werden könne.

Frau Griepentrog erkundigt sich nach anderen Möglichkeiten, weiter in das Projekt einsteigen zu können.

Herr Gassenmeier bestätigt, dass ein Einstieg derzeit nur möglich sei, wenn andere Schulen aus dem Projekt aussteigen würden. Darüber hinaus hänge die Fortsetzung vom Landeshaushalt ab. Da oft die gesamte Schule an dem Projekt beteiligt sei, seien die Dimensionen stets sehr umfangreich.

**Zu 7 Stadtteilperspektive Zukunft Forst
zur Kenntnis genommen
FB 61/1019/WP18**

Herr Becker erläutert, dass der Bezirk Forst nach mehreren Jahrzehnten nun endlich die benötigte Aufmerksamkeit bekomme. Er freut sich, dass die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in die Entwicklungsprozesse einbezogen worden seien. Er mahnt, dass nach den ersten Planungsschritten nun auch Maßnahmen umgesetzt werden müssten, da bei der Bevölkerung in Forst nun große Erwartungen geweckt worden seien, die nicht enttäuscht werden dürften. Dabei sollten insbesondere die Zwischenzeiten genutzt werden, um kleinere Maßnahmen im Stadtteil umzusetzen. Ein besonderes Lob gelte dem Quartiersmanagement in Forst. Es sei nun ein gemeinsamer Auftrag von Politik und Verwaltung, die Prozesse aktiv weiterzuverfolgen.

Herr Tillmanns empfindet die bisherigen Prozesse ebenfalls als gut, allerdings weist er darauf hin, dass der Antrag für die Städtebauförderung voraussichtlich erst im Jahr 2026 gestellt werden könne und bis zum Bescheid noch weitere Jahre vergehen würden. Dies sei nicht befriedigend. Um so wichtiger sei es, die Zeit bis dahin sinn-

voll zu nutzen und im Sozialraum kleinere Maßnahmen umzusetzen. Die gute Stimmung innerhalb der Bevölkerung dürfe nicht durch zu langen Stillstand wieder zunichtegemacht werden. Der gesellschaftliche Zusammenhalt im Bezirk müsse in jedem Fall weiter gestärkt werden.

Herr Jacoby stimmt dem zu. Die Bevölkerung und auch die ansässigen Institutionen in Forst seien intensiv an dem Prozess beteiligt gewesen und würden große Erwartungen hegen. Diese Zufriedenheit müsse erhalten bleiben.

Herr Becker betont, dass während des Prozesses auch schon viel passiert sei. Veranstaltungen und Aktionen seien sehr gut angenommen worden. Der hierzu geschaffene Verfügungsfonds werde gut ausgeschöpft.

Frau Griepentrog ergänzt, dass auch die Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen in dem Bezirk in die Prozesse eingebunden worden seien, weshalb die Vorlage nun im KJA und ASW beraten werde. Diese Beteiligung solle weiter gefördert werden.

Frau Schmitt-Promny ergänzt, dass auch die Senioren im Bezirk gut beteiligt gewesen seien. Neben den städtebaulichen Veränderungen seien auch die kulturellen Angebote enorm wichtig, so habe auch das Stadtglücken in Forst ebenfalls zu einer gesteigerten Attraktivität beigetragen.

**Zu 8 „Walking Bus, Busschule und Buslotsen – neue Konzepte für den Weg in die Kita und Schule finden“ - Ratsantrag der SPD Fraktion vom 29.06.2021
zur Kenntnis genommen
FB 68/0109/WP18**

Herr Tillmans betont, dass der Ratsantrag, welcher der Vorlage zu Grunde liege, bereits dreieinhalb Jahre alt sei. Die Bearbeitung habe viel zu lange gedauert und dies sei sehr ärgerlich. Die Vorlage nun sei zwar sehr ausführlich, jedoch würden ihm die Aussagen zu den Schulstraßen fehlen.

Herr Winkler begrüßt die Vorgehensweise der Verwaltung und erkundigt sich nach der konkreten Umsetzung der Vorschläge in Zusammenarbeit mit den Eltern.

Frau Schmitt-Promny berichtet, dass den Eltern häufig noch was Bewusstsein für einen sicheren Schulweg für ihre Kinder fehlen würde. Die Kinder müssten häufig eigenständig lernen, wie ein sicherer Umgang mit dem Straßenverkehr aussehe. Hier bedürfe es einer Begleitung durch die Eltern und diese fehle oftmals.

Frau Dr. Küpper erläutert, dass die Elternarbeit permanent stattfinde, es jedoch oftmals schwer sei, diese zu erreichen und zur Mitarbeit zu bewegen. Ein sehr gutes Projekt stelle die Elternhaltestelle dar, denn diese funktioniere an den meisten Schulen reibungslos. Die Schulstraßen würden nun an einigen Schulen getestet, jedoch mache auch hier eine Anbindung an schon bestehende Elternhaltestellen Sinn. Dies sei der nächste Prüfschritt.

Frau Scheidt betont, dass in erster Linie eine Sensibilität von den Autofahrenden erwartet werden müsse, damit Kinder sich im Straßenverkehr sicherer fühlen könnten. Insbesondere in der Innenstadt sei der Fußweg oft sehr gefährlich und anspruchsvoll. Sie könne daher verstehen, wenn Eltern Angst hätten, ihre Kinder alleine zur Schule laufen zu lassen.

Frau Vallot stimmt dem zu. Sie plädiert daher dafür, dass das Projekt der Schulstraßen schnell evaluiert und fortgesetzt werde. In anderen Kommunen in NRW seien Schulstraßen schon fest etabliert.

Frau Stedwell erkundigt sich, ob es eine Erhebung gebe, warum manche Angebote von den Eltern nicht genutzt würden. Die Gründe hierfür könnten vielfältig sein. Eine Abfrage der Eltern bezüglich des Schulweges der Kinder könnte hier neue Erkenntnisse bringen.

Frau Dr. Küpper erklärt, dass im Rahmen von Mobilitätsprojekten immer auch Befragungen von Eltern und Kindern stattfinden würden. Oftmals würden Eltern angeben, dass die ihre Kinder auf dem Weg zur Arbeitsstätte an der Schule absetzen würden. Auch die Witterung sei ein entscheidender Faktor und die Angst der Eltern, dass den Kindern auf dem Schulweg etwas passieren könnte.

Frau Griepentrog fasst zusammen, dass die Auswertung der Pilotprojekte zu den Schulstraßen voraussichtlich neue Erkenntnisse liefern würden. Diese könnten dem Ausschuss dann wieder vorgestellt werden.

Zu 9 Einführung Grundschullehramt an der RWTH zur Kenntnis genommen FB 45/0622/WP18

Herr Brötz erläutert, dass sich die Verwaltung bewusst für einen mündlichen Bericht zu der Thematik entschieden habe, da es eine große Dynamik gebe. Im vergangenen Jahr sei die Verwaltung enttäuscht gewesen, da das Grundschullehramt aufgrund von Raummangel nicht von der RWTH angeboten werden können. Daraufhin habe die Verwaltung mit großer Mühe weiter versucht Lösungen zu finden. Als die RWTH eine passende Liegenschaft gefunden habe, hätten Verhandlungen über die Mietkostenübernahme stattgefunden mit dem Ergebnis, dass die Verwaltung zusammen mit der StädteRegion die Mietkosten übernommen hätten. Daraufhin sei jedoch von der RWTH die Entscheidung getroffen worden, den Studiengang doch nicht anzubieten aufgrund von hohen Personalkosten. Dies sei eine erneute Enttäuschung gewesen. Im Anschluss daran hätten weitere Gespräche, unter anderem auch mit dem Ministerium stattgefunden, sodass letztendlich das Ministerium Landesmittel zur Reduzierung der Finanzierungslücke des Studiengangs in Höhe von ca. 300 Tausend Euro zur Verfügung stellen würde. Dennoch gebe es bislang keine finale Entscheidung der RWTH und die Verwaltung warte derzeit noch auf das Ergebnis. Die Verwaltung sei vorbereitet, falls beispielsweise eine Dringlichkeitsentscheidung notwendig werde.

Herr Auler betont, dass die RWTH eine hervorragende Hochschule sei und für Aachen einen enormen Standortfaktor darstelle. Jedoch würde sich die RWTH aus seiner Sicht weg von der Lehre und mehr hin zur Forschung entwickeln. Daher sei die ursprüngliche Absage der RWTH sehr enttäuschend gewesen. An dieser Stelle wolle er dem StädteRegionsrat danken, welcher sich öffentlich für das Grundschullehramt positioniert hätte. Aus seiner Sicht hätten sich die Ratsfraktionen der Stadt Aachen ebenfalls klar für das Grundschullehramt ausgesprochen, während der Oberbürgermeisterin hingegen die Stimme versagt sei. Er dankt der Verwaltung für das Engagement bei den intensiven Verhandlungen mit der RWTH. Eine gesunde Schullandschaft hänge auch von gutem Lehrpersonal ab.

Frau Griepentrog widerspricht Herrn Auler dahingehend, dass die öffentliche Erklärung für das Grundschullehramt gemeinsam von Herrn Grüttemeier und Frau Keupen abgelegt worden sei. Der Widerstand und der Druck auf die RWTH sei gemeinschaftlich erfolgt und habe letztendlich ein Zeichen gesetzt.

Frau Schmitt-Promny dankt der Verwaltung ebenfalls. Sie dementiert die Aussage von Herrn Auler ebenfalls. Sie hebt hervor, dass die Widerstände der RWTH nur durch eine gemeinsame Herangehensweise haben aufgelöst werden können und sie erwarte mit Spannung die finale Entscheidung der RWTH. Als Exzellenzhochschule sei der Nachwuchs enorm wichtig und dieser könne nur durch eine gute Bildungslandschaft herangezogen werden. Dies müsse die RWTH nun endlich begreifen.

Herr Fischer betont ebenfalls die beschämende Rolle und Kurzsichtigkeit der RWTH bei dieser Thematik. Der sogenannte Klebeeffekt sei in Aachen sehr groß und würde der RWTH zukünftig auch zugutekommen.

Herr Becker erläutert, dass jedes Jahr der Verschiebung rund 80 Lehrkräfte weniger, die in Aachen ausgebildet werden könnten, bedeuten würden. Er hoffe daher sehr, dass das Ministerium die Mittel zügig zur Verfügung stellen könne, denn die Landesregierung habe den Bedarf eines solchen Studiengangs bislang auch nicht erkannt. Nur durch die gemeinsamen Anstrengungen habe die RWTH zum Einlenken bewegt werden können, dies

sei ein Erfolg. Im Hinblick auf die drohende Pensionierung von einer Vielzahl von Lehrkräften in den kommenden Jahren, bestehe ein hoher Handlungsdruck.

Herr Winkler berichtet, dass die Thematik auch auf der letzten Sitzung des Landeselternbeirates besprochen worden sei. Auch die Eltern würden die hohe Notwendigkeit und den Handlungsdruck sehen und unterstützen.

Herr Schneider spricht von einer Bildungskatastrophe in NRW. Die Wahlversprechen der Vergangenheit seien viel zu lange nicht eingelöst worden und daher sei es nun zu der prekären Situation gekommen. Daher sei er sehr froh, dass sich in Aachen alle Fraktionen einig seien und gemeinsam für Einführung des Studiengangs stehen würden. Darüber hinaus empfindet er es als beschämend, dass die Einführung an einer Summe von circa 400 Tausend Euro scheitern würde.

**Zu 10 Weiterbildungskolleg der StädteRegion Aachen - Einstellung des Bildungsgangs Abendreal-
schule und Perspektive
zur Kenntnis genommen
FB 45/0621/WP18**

Frau Schmitt-Promny spricht sich für die Erhaltung des Weiterbildungskollegs und damit für die Förderung des zweiten Bildungsweges aus, denn dieses Angebot sei sehr wichtig für die Region Aachen.

Zu 11 Sachstand zur Einrichtung eines Wasserspielplatzes in Eilendorf

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der Bezirksvertreterin der FDP in der Bezirksvertretung Aachen-Eilendorf vom 16.06.2021, „Prüfung von Standorten und Umsetzung eines Wasserspielplatzes in Eilendorf“

**- Antrag der SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Aachen-Eilendorf vom 02.04.2024, „Sachstandsbericht der Fachverwaltung zur Einrichtung eines Wasserspielplatzes in Eilendorf“ zur Kenntnis genommen
FB 36/0502/WP18-2**

Herr Tillmann weist zwar auf das gesamtstädtisch beschlossene Spielplatzkonzept hin, er könne allerdings den Eindruck aus bezirklicher Sicht nachvollziehen, dass die Umsetzung bestimmter Planungen und Projekte eine lange Zeit in Anspruch nehme. Er spreche sich für die Umsetzung und den Ausbau der Spielplätze aus. Gleichzeitig regt er an, die Prozesse – wie beispielsweise die Vergaben – nach Möglichkeit zu beschleunigen. Da bislang stets Haushaltsmittel eingestellt worden seien, dürfe es nicht am Geld scheitern.

Herr Tillmanns zeigt sich angesichts der Inhalte der Vorlage überrascht. Die Verwaltung führe aus, dass eine Realisierung aufgrund fehlender personeller Ressourcen und prioritärer Aufgaben nicht möglich sei. Damit könne die Planung aus seiner Sicht als beendet betrachtet werden, denn er sehe nicht, dass die Kapazitäten hierfür in naher Zukunft vorhanden sein würden. Es sei stets die Rede von notwendiger Klimaanpassung und Maßnahmen zum Hitzeschutz. Nun habe ein Bezirk einen konkreten Vorschlag eingebracht, welcher nun nicht umgesetzt werde. Er empfinde das Ergebnis als unbefriedigend für den Bezirk.

Frau Scheidt stellt richtig, dass in der Vorlage nicht die Rede davon sei, dass das Projekt nun beendet sei, sondern dass nach alternativen Optionen gesucht werde. Der Kinder- und Jugendausschuss müsse sich an den einstimmig beschlossenen Spielplatzbedarfsplan sowie an die hiermit verbundene Priorisierung der Bedarfe und Maßnahmen halten. Bislang habe im Ausschuss immer eine gute Einigung erzielt werden können. Hinzu komme, dass ein reiner Wasserspielplatz rund eine halbe Million Euro koste.

Frau Vallot stimmt Frau Scheidt insoweit zu, dass die Realisierung eines Wasserspielplatzes sehr komplex und kostspielig sei. Sofern entweder ein Wasserspielplatz oder alternativ Wasserspielelemente auf einem bestehenden Platz in Eilendorf installiert würden, bittet sie um eine andere Gestaltung als den Spielplatz am Lindenplatz. Dort komme es regelmäßig zu Überflutungen, da die Kinder den Wasserlauf mit Sand verstopfen würden.

Herr Tillmanns ergänzt zu seinen vorherigen Ausführungen und zustimmend zu Frau Scheidt, dass sich der Ausschuss an den beschlossenen Bedarfsplan und die Prioritätenliste halten müsse. Dies habe er auch gar nicht infrage stellen wollen. Er stelle jedoch fest, dass in Eilendorf eine konkrete Idee geäußert worden sei, ohne dass eine weitere Prüfung oder Umsetzung erfolgen würde. Er hoffe, in diesem Fall eines Besseren belehrt zu werden.

**Zu 12 Sachstandsbericht Förderprogramm "DigitalPakt Schule NRW"
zur Kenntnis genommen
FB 45/0625/WP18**

Frau Heider dankt der Verwaltung für das hohe Engagement bei der Abarbeitung des Förderprogramms. Sie empfinde jedoch die überschaubare Haltbarkeit der digitalen Endgeräte als großes Problem. Zudem sei sie verwundert, dass einige Anschaffungswünsche durch die Landesregierung als nicht akzeptabel angesehen worden seien und erkundigt sich daher, welche Wünsche hier von den Schulen abgelehnt worden seien.

Herr Fagot erklärt, dass es im Bereich der digitalen Arbeitsgeräte keine konkreten Vorgaben oder gar einen Katalog seitens der Landesregierung gegeben habe. So würden beispielsweise sowohl Bluetooth-Kopfhörer als auch komplexe Systeme wie Robotik-Sets in diese Kategorie fallen. Auch bei den Ablehnungen habe keine kriterien-gestützte Vorgehensweise des Landes erkannt werden können.

Herr Becker dankt der Verwaltung ebenfalls für die enorme Geschwindigkeit bei der Abarbeitung des Förderprogramms. Es sei umso bedauerlicher, dass es nun zu Mittelzurückführung kommen würde. Hier sei mehr Zeit nötig gewesen und es sei skandalös, dass keine Verlängerung des Programms seitens der Landesregierung möglich gewesen sei.

Frau Schmitt-Promny empfindet die Liste der abgearbeiteten Projekte ebenfalls als sehr beeindruckend. Sie wünsche sich nun auch eine rasche WLAN-Ausstattung an allen Schulen. Auch die Anschaffung von neuen Technologien, wie beispielsweise im Bereich der Robotik, empfinde sie als sehr innovativ. Diese Anwendungen würden vielfältige Bildungsmöglichkeiten in mehreren Bereichen bieten. Sie betont in diesem Zusammenhang nochmals die hohe Verantwortung des Schulträgers und der Schulen für die digitale Bildung von Kindern und Jugendlichen.

Herr Kaldenbach ergänzt, dass er ebenfalls sehr stolz auf die geleistete Arbeit der Mitarbeitenden der Verwaltung, wie auch der Schulen und beteiligten Partner sei. Alle Beteiligten hätten ein hohes Maß an Engagement gezeigt und es hätten viele gute Projekte für die Schulen ermöglicht werden können. Auf der anderen Seite sei er wehmütig, dass trotzdem Gelder zurückgezahlt werden müssten, da nicht alle Projekte in der kurzen Zeit hätten geschafft werden können. Dies sei sehr bedauerlich und schade. Jedoch sei die Förderrichtlinie so kompliziert gewesen, dass eine vollständige Abarbeitung nicht zu schaffen gewesen sei.

Frau Griepentrog erläutert, dass die Geräte leider viel zu schnell technisch veralten würden und die zeitgerechten Ersatzbeschaffungen kaum realisierbar seien. Dennoch lobt sie die Verwaltung, denn in Aachen sei die Thematik sehr intensiv bearbeitet worden und die Verwaltung sei sehr gut aufgestellt in diesem Bereich. Auch an den Schulen herrsche eine große Zufriedenheit.

**Zu 13 9. Sachstandsbericht zur Schulsozialarbeit
zur Kenntnis genommen
FB 45/0624/WP18**

Herr Becker weist darauf hin, dass bereits 57 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in Aachen aktiv seien. Allein in den vergangenen zwei Jahren sei im Ausschuss die Einrichtung von 8,5 Vollzeitäquivalente mitgetragen worden. Die Wichtigkeit und Bedeutung der Schulsozialarbeit sei selbstredend: sie werde benötigt wegen der zunehmend herausfordernden Schüler*innenschaft und der hohen Belastungen im System Schule. Auch wenn die Bereitstellung der Stellen eigentlich eine Aufgabe des Landes sei, so sehe die Realität in Aachen anders aus. Die Stadt erhalte das System nicht nur aufrecht, sondern baue es auch kontinuierlich weiter aus. Er sei überzeugt davon, dass die Verhältnisse ohne diese Bemühungen viel defizitärer wären. Daher sei die Verwaltung vom Ausschuss mit der Erarbeitung eines Konzeptes gebeten worden, um die aktuellen und zukünftigen Personalbedarfe zu erarbeiten. Dies sei eine sehr herausfordernde Aufgabe und es bedürfe im Sinne der Transparenz um eine kluge Abwägung der Realitäten und Bedarfe. Er vertraue der Verwaltung, dass sie dem Ausschuss im nächsten Jahr ein gutes Konzept vorlegen werde.

Herr Kaldenbach weist in Ergänzung zur Vorlage darauf hin, dass die Landesstellen nicht zusätzlich eingerichtet würden, sondern dass die Schulen im Gegenzug auf Lehrkraftstunden verzichten müssten.

Herr Fischer weist darauf hin, dass es noch rund 12 Grundschulen gebe, die bereits in 2023 einen Antrag auf Mehrbedarf an Schulsozialarbeit gestellt hätten. Diese Schulen seien bislang nur mit 0,5 Stellen ausgestattet. Es sei allerdings pädagogisch notwendig, dass die Schulsozialarbeit täglich in der Schule anwesend sei. Bei den anstehenden Haushaltsberatungen werde das von Herrn Becker angesprochene Konzept noch nicht vorliegen. Daher plädiert er dafür, allen Grundschulen, die ihren Bedarf gemeldet hätten, im Sinne der Fairness und Gleichbehandlung zumindest eine volle Stelle zuzugestehen, um zumindest den Grundbaustein einer täglichen Anwesenheit zu legen. Dies entspräche ungefähr 6-8 Vollzeitäquivalente. Bei akut auftretenden Konfliktsituationen helfe es nicht, wenn die Schulsozialarbeit erst am Folgetag in der Schule sei.

Frau Griepentrog merkt an, dass das Konzept ein Bild über die Gesamtsituation inklusive der Bedarfe geben solle. Die Schulen würden auch über das Startchancen-Programm zusätzliches Personal erhalten, welches mitberücksichtigt werden müsse. Es handele sich um ein komplexes Gemengelage. Sie blicke mit hoher Erwartung auf das Konzept, in welchem alle Mitarbeitenden in der Schule berücksichtigt würden.

**Zu 14 Sachstandsbericht des Schulpsychologischen Dienstes der Stadt Aachen - Schuljahr 2023-2024
zur Kenntnis genommen
FB 45/0627/WP18**

Herr Winkler erkundigt sich danach, ob der Anstieg der Fallzahlen in ihrer Erfassung begründet liege oder ob beispielsweise die Auswirkungen durch Corona oder allgemein der gesellschaftliche Wandel dafür verantwortlich seien.

Herr Grundmann erläutert, dass einerseits die Bedarfe deutlich angestiegen seien, andererseits die Angebote des Schulpsychologischen Dienstes verstärkt angenommen würden. Daher sei die Frage von Herrn Winkler schwer zu beantworten. Insgesamt könne aber ein Aufwuchs der herausfordernden Fälle beobachtet werden. Er sei erfreut darüber, dass das Angebot so gut angenommen werde und präsent sei.

Frau Dr. Köster bestätigt, dass auch in der Wahrnehmung des Gesundheitsamtes die Zahl der psychologischen Erkrankungen und Probleme bei Kindern angestiegen sei.

**Zu 15 Sachstandbericht zur Gewalt- und Rassismusprävention 2024
zur Kenntnis genommen
FB 45/0626/WP18**

Herr Grundmann dankt dem Ausschuss für die Erhöhung des Ansatzes um 50.000 Euro in den letztjährigen Haushaltsberatungen. Es handele sich um ein wichtiges gesellschaftliches Themenfeld. Ebenso lobt er die zuständige Abteilung und die Jugendpflege. Dort werde versucht, jeden Cent in die Projekte einfließen zu lassen und nach Möglichkeit alle verfügbaren Mittel auszuschöpfen. Hierbei handele es sich um einen Etat von rund 220.000 Euro. Er dankt auch den Schulen und den Anbietern der Projekte für ihr Engagement.

Herr Tillmann schließt sich dem Dank an. Es sei erfreulich festzustellen, dass das zusätzliche Geld richtig angelegt sei. Er sei zuversichtlich, dass die verbleibenden Mittel ebenfalls noch ausgeschöpft würden. Auch wenn es nicht schön sei, dass derartige Projekte und eine Gewalt- und Rassismusprävention überhaupt notwendig seien, so sei es gut, dass es diese Angebote gebe.

Herr Fischer regt an, das Angebotsspektrum im Bereich Antisemitismus aufzustocken, dieser könne noch ausgebaut werden.

Frau Smajic schließt sich den bisherigen Ausführungen an. Sie regt an, das Thema auch im Integrationsrat vorzustellen. Dort wachse die Befürchtung der gesellschaftlichen Spaltung durch die Stärkung des Extremismus. Es würden mehr Projekte – auch an Schulen – benötigt, um die Gesellschaft wieder zusammen zu bringen. Daher plädiert sie auch für eine stärkere Verortung der Gewalt- und Rassismusprävention in den Verwaltungsstrukturen, beispielsweise als eigenes Team.

Frau Schmitt-Promny betont die Wichtigkeit, solche Projekte weiter fortzuführen. Sie sehe aber auch einen Mehrwert darin, diese stärker in den Schulen zu verankern und beispielsweise jede Institution zu verpflichten, ein Gewaltschutzkonzept zu entwickeln. Das Bewusstsein gegen Gewalt und Rassismus und die Unterstützung von Kindern müsse in den Alltag integriert werden.

Herr Schneider plädiert dafür, die verschiedenen Aufgabenfelder und Unterstützungsangebote in den Schulen nach Möglichkeit zu verknüpfen und zu bündeln. Dies müsse als Gesamtkonzept gesehen werden. Hier sei auch jede Schule anders aufgestellt, gegebenenfalls könne die Vernetzung der Schulen untereinander hilfreich sein.

Frau Rejf ergänzt, dass auch viele Vereinen präventiv arbeiten würden. Möglicherweise könnten diese ihre Angebote in Schulen vorstellen. Ihrer Wahrnehmung nach würden Vereine nochmals einen anderen Zugang zu jungen Menschen finden als Eltern und Lehrkräfte.

Frau Griepentrog pflichtet Herrn Schneider bei, dass den Schulen eine Vielzahl an Aufgaben und Verantwortung aufgebürdet werde. Es bestehe der Trend, gesellschaftliche Herausforderungen in die Schule zu verlagern.

**Zu 16 Sachstandbericht für den Bereich der Hilfen zur Erziehung/Eingliederungshilfe nach SGB VIII
für den Zeitraum 01.01.2024 bis zum 31.07.2024
zur Kenntnis genommen
FB 45/0628/WP18**

Frau Scheidt stellt eine deutliche Steigerung der Fallzahlen fest. Dass junge Menschen in einer unsicheren Zeit leben würden, die entsprechende Auswirkungen auf ihre mentale Gesundheit habe, würde sich hier treffend widerspiegeln. Die Entwicklung müsse ernst genommen werden. In der letzten gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses und des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 14.05.2024 sei die Notwendigkeit gesehen worden, mit dem Landesjugendhilfeausschuss in einen Austausch über diverse Themen zu gehen. Eines dieser Themen sei die stationäre Jugendhilfe gewesen. Die Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses

ses habe sich nun zur Organisation eines solchen Treffens bereit erklärt. Da eine gemeinsame Sitzung der beiden Ausschüsse aufgrund der Größe der Gremien nicht infrage komme, werde ein Austausch auf Ebene der jugendpolitischen Sprecher*innen überlegt. Sie begrüße die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft des Landes.

Zu 17 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Winkler berichtet, dass er nach rund 18 Jahren aus der Stadtschulpflegschaft ausscheiden werde und somit auch die Mitgliedschaft in diesem Ausschuss ende. Er dankt stellvertretend für alle Eltern in Aachen, dass die Stadtschulpflegschaft einen Sitz in diesem Gremium habe und so die Möglichkeit bekomme, sich an den politischen Diskussionen zu beteiligen und so weitergehende Informationen direkt aus der Politik zu erhalten. Er ist erfreut, dass die Fraktionen in Aachen das Thema Bildung in ihren Programmen so intensiv verfolgen würden, denn das sei seiner Wahrnehmung nach in NRW nicht immer selbstverständlich. Jedoch sei der auch ein wenig wehmütig, denn er mache sich Sorgen um die Zukunft der Bildung von Kindern und Jugendlichen. Daher wünsche er dem Ausschuss für die Zukunft ein gutes Gespür für die wichtige Arbeit im Sinne der Kinder und Jugendlichen der Stadt Aachen.

Frau Griepentrog dankt Herrn Winkler für die stets vertrauensvolle und zuverlässige Zusammenarbeit.

Herr Kaldenbach erläutert, dass eine Übersicht der aktuellen in Bearbeitung befindlichen Ratsanträge und -anfragen ausgelegt sei (siehe Anlage im Ratsinformationssystem). Zudem weist er auf die ausgelegte Übersicht zu dem Umsetzungsstand im Bereich schule digital hin (siehe Anlage im Ratsinformationssystem).

In der letzten Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses am 27.08.2024 erkundigte sich Frau Hoffmann zu TOP Ö 8 „Stiftung Broudlet-Startz“ danach, ob die Angebote von Tabalingo im inklusiven Bereich von allen Kindern mit Behinderung wahrgenommen werden könnten oder ob es hier Einschränkungen gebe.

Herr Kaldenbach gibt die Antwort des Vereins wieder, dass die Angebote grundsätzlich von allen Kindern genutzt werden könnten und es große Bemühungen gebe, kein Kind wegen einer Behinderung auszuschließen.

Anlage 1 Ratsanträge und -anfragen_08.10.2024

Anlage 2 Übersicht Schulen Digitalisierungsstand

Hilde Scheidt
Ausschussvorsitzende
Ulla Griepentrog
Ausschussvorsitzende

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Sarah Kuchenbecker
Schriftführerin
Melanie Olbertz
Schriftführerin

